KREIS WARENDORF
Der Landrat

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz am Dienstag, den 27.05.2025, im Großen Ausschusszimmer des Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)

Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:31 Uhr

			Seite
	I. Öffentlicher Teil		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner		**4**
2.	Bericht der Verwaltung	**090/2025**	**5 – 6**
3.	Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Anonymen Spurensicherung	**087/2025**	**7**
4.	Aktualisierung des Kreisentwicklungsprogramms WAF2030plus	**084/2025**	**8 – 9**
5.	Vorstellung des Erfahrungsberichtes Rettungswesen 2024	**088/2025**	**10 – 11**
6.	Anfrage der Kreistagsfraktion B 90 / Die Grünen zu Bunkern und Schutzräumen im Kreis Warendorf	**094/2025**	**12**

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Blömker, Franz-Ludwig
Dufhues, Hannelore
Franitza, Andreas
Kühnel, Andreas
Marx, Burkhard
Maschelski-Werning, Sophia
Mindermann, Ursula
Poppenberg, Bernhard
Rosenbaum, Ulf
Schulte, Stephan
Starke, Dennis
Termühlen, Hildegard (bis 11:00 Uhr)
von Ketteler, Friedrich-Carl
Werner, Olaf Martin
stellv. Ausschussmitglieder
Kleibolde, Bernhard (bis 11:19 Uhr)
Ommen, Detlef
Schmedding, Josef
Welscheit, Martin
von der Verwaltung
Altenseuer, Udo
Diekhoff, Katrin (bis 09:58 Uhr)
Frerich, Michael
Hillebrand, Patrik
Dr. Langewand, Knut (bis 10:34 Uhr)
Ottmann, Michael

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Dinter, Dennis
Gerwing, Theresia
Kaup, Winfried
Koch, Karsten
Luster-Haggeney, Rudolf

Frau Maschelski-Werning eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz sowie die Vertreterin und den Vertreter der Presse.

Sie stellt fest, dass der Ausschuss form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Frau Schreier lässt sich krankheitsbedingt entschuldigen. Ihr gelten die besten Genesungswünsche der Anwesenden.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Auf Nachfrage der Vorsitzenden meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

2.	**Bericht der Verwaltung**	**090/2025**

Herr Frerich berichtet über die Ausbildung der Feuerwehr im Kreis Warendorf. Die Grundausbildung wird durch die einzelnen Feuerwehren durchgeführt, für die weitergehende Ausbildung ist per Gesetz der Kreis verantwortlich. Im Jahr 2024 wurden auf Kreisebene 20 Lehrgänge mit 474 Teilnehmern durchgeführt. Im Kreis Warendorf übernimmt der Kreisfeuerwehrverband Warendorf e.V. gegen Kostenerstattung die Organisation der Aus- und Fortbildung. Hierzu steht derzeit ein Industriegelände in Neubeckum zur Verfügung. Aufgrund aktueller Entwicklung und der teilweisen Wiederinbetriebnahme des Geländes durch den Eigentümer ist eine langfristige Nutzung derzeit unklar. Die Nutzung ist aktuell bis zum Jahr 2028 noch eingeschränkt möglich. Eine Umsiedlung zum geplanten Zentrum für Bevölkerungsschutz am Kreishaus wurde geprüft, ist jedoch aus immissionsrechtlichen Gründen aufgrund der benachbarten Wohnbebauung nicht darstellbar. Derzeit wird die Bleibeoption geprüft und auch Alternativlösungen gesucht. Hierzu wird gemeinsam mit den Kreisbrandmeistern ein Anforderungskatalog erstellt. Über die weitere Entwicklung wird die Verwaltung informieren. Herr Hillebrand hob die hohe Motivation der rund 2.400 aktiven Einsatzkräfte und der 60 Ausbilder im Ehrenamt hervor.

Herr Frerich informiert weiterhin anhand einer Präsentation (Anlage 1) über die Entwicklungen zum Thema „Gewalt gegen Einsatzkräfte“. In den Jahren 2022 und 2023 ist die Erfassung über ein gesondertes Programm im Rahmen eines Pilotprojektes des Landes erfolgt, das jedoch aufgrund des Aufwandes zu einer abnehmenden Akzeptanz führte. Seit dem Jahr 2024 erfolgt die Erfassung und Dokumentation über das kreisweite System zur elektronischen Datenerfassung im Rettungsdienst. Herr Frerich berichtet über 23 Ereignisse bei rund 22.000 Einsätzen im vergangenen Jahr.

Herr Kühnel weist auf die hohe Brisanz hin, die teilweise bis hin zu Freiheitsberaubungen führte. Er verurteilt jegliche Gewalt gegen Einsatzkräfte aufs Schärfste. Herr Frerich berichtet, dass regelmäßig Strafanzeigen gestellt werden und die Einsatzkräfte viel Rückhalt aus der Bevölkerung erfahren. Auf Nachfrage von Herrn Rosenbaum erklärt Herr Frerich, dass eine genaue Anzahl der Strafanzeigen aufgrund der unterschiedlichen Träger rettungsdienstlicher Aufgaben im Kreis Warendorf nicht vorliegt. In den Fällen, die den Kreis Warendorf betreffen wird die Strafanzeige durch den Landrat als Behördenleiter gestellt. Über den weiteren Verlauf liegen dem Kreis Warendorf häufig keine Rückmeldungen vor.

Herr Blömker dankt für die Ausführungen. Wichtig sei es, jeden Fall von Gewalt gegen Einsatzkräfte zu erfassen. Die Verantwortung sei von der Behörde offenbar erkannt worden. Gleichzeitig sei die offenbar hohe Anzahl an Einstellungen von Verfahren bedauerlich. Das Thema ist in der Gesellschaft angekommen. Herr Blömker äußert den Wunsch nach rückläufigen Zahlen. Man habe es hier mit einem gesellschaftlichen Problem zu tun, das nur durch Aufklärung verringert werden könne.

Herr Kühnel weist darauf hin, dass Einstellungen von Verfahren häufig nur unter Auflagen erfolgen und daher auch zu einer Verhaltensänderung führen können.

Frau Mindermann fragt nach landesweiten Vergleichszahlen. Herr Frerich erklärt, dass diese nicht vorliegen und die Kategorisierung auch nicht einheitlich erfolgt.

Herr Rosenbaum weist darauf hin, dass alle Angriffe inakzeptabel sind. Die Schwelle für Strafanzeigen müsse daher niedrig gehalten werden.

Herr Poppenberg erklärt, dass es keine Verharmlosung geben dürfe. Er fragt nach den Möglichkeiten für eine Fixierung durch den Rettungsdienst. Herr Frerich verweist hier auf die Aufgabe der Polizei, die in diesen Fällen immer hinzugezogen werde. Mit der Polizei im Kreis Warendorf gebe es eine sehr gute Zusammenarbeit.

Frau Maschelski-Werning fragt nach den Möglichkeiten zur Datenerfassung für die Feuerwehren und Hilfsorganisationen, die nicht mit dem NIDA-System des Rettungsdienstes ausgestattet sind. Herr Frerich berichtet, dass man derzeit auf manuelle Meldungen aus diesem Bereich angewiesen ist. Gleichzeitig soll das Thema aufgegriffen werden. Frau Maschelski-Werning bekräftigt ihren Wunsch nach einer einheitlichen Regelung.

3.	**Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Anonymen Spurensicherung**	**087/2025**

Frau Diekhoff berichtet über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Anonymen Spurensicherung. Sie stellt die Flyer vor, die sich in erster Linie an Frauen richten. Seit dem Jahr 2025 übernehmen die gesetzlichen Krankenversicherungen die Kosten für die Spurensicherung. Hierzu werden quartalsweise Sammelrechnungen erstellt. Durch geänderte Förderrichtlinien können zukünftig Männer von den Förderrichtlinien profitieren, die Höhe der Landesmittel bleibt jedoch bei 7.000 € pro Jahr. Die Flyer werden dahingehend aktualisiert, dass sich auch Männer angesprochen fühlen und Hilfe im Krankenhaus finden. Zur Datenerfassung soll zukünftig ein online-basiertes Verfahren der Rechtsmedizin Düsseldorf genutzt werden. Die Aufbewahrungsfristen für die Beweismittel wurden von bisher zehn Jahren auf fünf Jahre verkürzt. Aktuell führt das St.-Franziskus-Hospital Ahlen die Untersuchungen durch, zukünftig sei dies auch im St.-Elisabeth-Hospital in Beckum möglich.

Frau Maschelski-Werning dankt für den Bericht und hebt den großen Erfolg des Ausschusses bei der Etablierung des Systems hervor.

Herr Blömker dankt ebenfalls für die Ausführungen und lobt das demokratische Projekt, das mit viel Herzblut eingeführt wurde. Er fragt nach den Zahlen, die sich möglicherweise aus den Quartalsabrechnungen ableiten lassen. Frau Diekhoff verweist darauf, dass die genauen Fallzahlen bislang nicht erhoben wurden, da das Projekt zunächst an Bekanntheit gewinnen solle.

Herr Kühnel dankt ebenfalls für den Bericht und das Engagement und fragt nach den Gründen für die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen. Frau Diekhoff verweist hierzu auf Verhandlungen zwischen dem Land NRW und den Krankenkassen. Die genauen Hintergründe sind nicht bekannt.

Herr Rosenbaum weist darauf hin, dass die Anonymität aufgrund der Abrechnung mit den Krankenkassen nicht gewahrt bleiben kann. Frau Diekhoff führt hierzu aus, dass die Bezeichnung der Anonymen Spurensicherung ungenau ist. Die Anonymität bezieht sich auf die anonyme Einlagerung der Beweismittel.

Frau Mindermann dankt ebenfalls für das Engagement und fragt nach der Verbreitung der Informationen in den sozialen Medien. Frau Diekhoff berichtet über die Verbreitung in den unterschiedlichen Medien, bei denen die sozialen Netzwerke einbezogen werden.

Herr Poppenberg dankt für die Ausführungen und fragt, ob die handelnden Ärzte Anzeigen erstatten dürfen. Aufgrund des Vertrauensverhältnisses und der Schweigepflicht wird dies nicht so eingeschätzt. Frau Maschelski-Werning verweist darauf, dass damit der Sinn des Projektes unterlaufen werde, bei dem es um eine Selbstbestimmung von möglichen Strafanzeigen gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt gehe.

4.	**Aktualisierung des Kreisentwicklungsprogramms WAF2030plus**	**084/2025**

Herr Ottmann berichtet über die Fortschreibung des Kreisentwicklungsprogramms. Mit Unterstützung der Firma Prognos wurden die bisherigen Handlungsfelder überprüft und ergänzt, unter anderem um die Themen Sicherheit und Mobilität. Hieraus sind 5 Leitprojekte entstanden und weitere Projektvorschläge dazu. In den jeweiligen Fachausschüssen werden die (Teil-)Projektvorschläge noch einmal vorgestellt.

Für das Handlungsfeld Sicherheit lautet das Leitprojekt „Resilienter Kreis Warendorf-gut vorbereitet und informiert in die Zukunft“. 3 (Teil-)Projektvorschläge sind darunter zu fassen, die heute vorgestellt werden sollen.

Herr Blömker dankt für die Einführung und fragt nach der Beteiligung der Politik an diesem Projekt. Herr Ottmann führt hierzu aus, dass beispielsweise im Bereich des Umweltschutzes eine Videokonferenz mit Beteiligung der Politik erfolgt ist. Im Handlungsfeld Sicherheit wurden die Projekte bereits im Vorfeld in den politischen Gremien diskutiert.

Herr Frerich berichtet über die sich aufgrund des Klimawandels und der sich verändernden geopolitischen Lage ergebenen Herausforderungen im Bereich der Sicherheit. Hierzu nannte er beispielhaft die Corona-Pandemie, die Flüchtlingswellen, den Angriffskrieg gegen die Ukraine und die sich daraus ergebende mögliche Energiemangellage, aber auch die Hochwasserlagen in den vergangenen Jahren im Kreis Warendorf. Hieraus wurde die Notwendigkeit zur Einbeziehung des Themas Sicherheit in das Kreisentwicklungskonzept gesehen. Die Errichtung des Zentrums für Bevölkerungsschutz ist ein Teilprojekt, über das im Ausschuss bereits mehrfach berichtet wurde. Herr Frerich führt die möglichen Nutzungen des Zentrums für Bevölkerungsschutz aus. Ziel sei es, den Schutz und die Resilienz zu stärken. Auch eine entsprechende Aufklärungskampagne sei bereits gestartet und werde aufgrund der sich ändernden Lagen dynamisch angepasst und ausgeweitete. Auch im Rahmen des Bürgerfestes wurden gute Gespräche mit vielen Interessierten am Infomobil geführt.

Herr Dr. Langewand berichtet über das Jugendprogramm zur Demokratieförderung, das letztes Jahr politisch beraten und verabschiedet wurde. Ende diesen oder Anfang nächsten Jahres soll die Infophase beginnen. Ziele sind die Sensibilisierung und Schulung. Hierzu stehen jährlich 100.000 € rein für Sachaufwendungen zur Verfügung. Derzeit befinden sich Pilotprojekte in der Entwicklung. Zur Unterstützung ist eine Fachkraft im Archiv tätig.

Frau Maschelski-Werning dankt für die Ausführungen.

Herr Blömker verweist auf die hohe Bedeutung des Themas Resilienz. Er fragt nach dem ersten Fazit zum Bevölkerungsschutzmobil. Das Jugendprogramm sei sehr zu begrüßen, allerdings wünsche er sich eine Öffnung über die Schulen hinaus auf andere Teile der Jugendförderung. Die Demokratieförderung sei wichtig, aber in allen

Altersgruppen. Herr Blömker fragt nach weiteren Programmen des Kreises über die Jugend hinaus.

Herr Hillebrand führt aus, dass bisher 14 Buchungen für das Bevölkerungsschutzmobil vorliegen. Der Anklang sei gut, das Konzept werde weiterentwickelt, beispielsweise auf die Zielgruppe von Kindern.

Herr Dr. Langewand bestätigt die hohe Bedeutung der Verzahnung von unterschiedlichen Projekten. Andere Angebote wurden hierzu gesichtet und werden einbezogen. Beispielhaft nennt er häufig ältere Besuchergruppen im Kreisarchiv, aber auch die Vernetzung der Heimatvereine oder den neu geschaffenen Verbund der Museen im Kreis Warendorf, die unter anderem Ausstellungen untereinander abstimmen.

Frau Mindermann betont den guten Ansatz des Programms. Sie weist darauf hin, dass der Rechtsextremismus die Hauptursache für antisemitische und rassistische Übergriffe und Straftaten ist. Bei der Umsetzung des Programms zur Demokratieförderung möge die Gefahr des Rechtsextremismus prioritär behandelt werden. Herr Ottmann verweist auf die Diskussion und den Beschluss des Kreistages zu diesem Thema, in dem bewusst alle Formen des Extremismus genannt werden, wenngleich die besondere Gefahr des Rechtsextremismus allgemein bekannt ist.

Änderungsanträge zum Beschlussvorschlag ergeben sich aus der Diskussion nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Aktualisierung und Fortschreibung des Kreisentwicklungsprogramms „WAF2030plus – Mit Sicherheit Zukunft“ wird in der vorliegenden Fassung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja	18
Nein	0
Enthaltung	0
Befangen	0

5.	**Vorstellung des Erfahrungsberichtes Rettungswesen 2024**	**088/2025**

Herr Frerich berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 2) über die aktuelle Entwicklung im Bereich des Rettungsdienstes. Der Erreichungsgrad lag im vergangenen Jahr kreisweit bei 90,17 %. Herr Frerich geht auf die digitale Einsatzdokumentation und weitere Entwicklungen, beispielsweise die Erhebung von Tracerdiagnosen, das Reanimationsregister sowie das Telenotarztsystem ein und gibt einen Ausblick in die Zukunft.

Frau Maschelski-Werning dankt für die ausführliche Darstellung.

Herr Blömker dankt ebenfalls für die Vorstellung und zeigt sich erfreut über die positiven Entwicklungen. Er dankt ausdrücklich allen Beteiligten für die erreichten Leistungen. Allerdings falle die geringe Hilfsfristerreichung im Bereich Everswinkel auf. Weiterhin fragt Herr Blömker nach der Zusammenarbeit mit den First-Responder-Einheiten, die teilweise rückläufige Einsatzzahlen zu verzeichnen hatten.

Herr Frerich weist darauf hin, dass die First-Responder-Einheiten nicht in die Hilfsfristberechnung einfließen, da hier nur gesetzlich verankerte Rettungsmittel berücksichtigt werden. Ziel sei es, das sogenannte therapiefreie Intervall in kritischen Fällen möglichst kurz zu halten. Hieran hätten die First-Responder-Einheiten erheblichen Anteil. Allerdings seien die Kriterien vor einigen Jahren kreisweit vereinheitlicht und angepasst worden. Daraus hätten sich geänderte Einsatzzahlen ergeben. Anfängliche Unklarheiten konnten zwischenzeitlich ausgeräumt werden. Regelmäßig treffe man sich zu einem Austausch. Für die Zukunft stellt Herr Frerich zusätzlich die Einführung einer smartphonebasierten Ersthelfer-Alarmierung in Aussicht. Die Planungen hierzu laufen.

Herr Frerich führt weiter aus, dass die Auswertung der Einsatzzahlen für das Telenotarzt-System aufgrund des noch nicht belastbaren Datenmaterials aus 2024 bisher nicht erfolgt ist. Dies werde zukünftig jedoch erfolgen.

Herr Franitza dankt für den Vortrag, betrachtet die Hilfsfristerreichung in Everswinkel jedoch kritisch. Er fragt nach den Rechtsgrundlagen für die kreisweite Betrachtung der Hilfsfristerreichung und sich eventuell ergebenen Haftungsansprüchen.

Herr Frerich führt hierzu aus, dass sich die kreisweite Betrachtung aus dem durch den Kreistag beschlossenen Rettungsdienstbedarfsplan ergibt. Haftungsansprüche bei einer Überschreitung der Hilfsfrist seien daher nicht erkennbar. Hinsichtlich der Ausweitung von Rettungsmitteln und insbesondere zur Einrichtung einer Rettungswache in Everswinkel habe es vor einigen Wochen Gespräche mit den Krankenkassen als Kostenträger gegeben, die einer geplanten Ausweitung derzeit aufgrund sich ändernder Rahmenbedingungen nicht zustimmen. Ohne ein Einvernehmen ist eine Ausweitung nicht darstellbar. Herr Franitza kritisierte die offensichtliche Blockadehaltung der Kostenträger insbesondere mit dem Verweis auf die ausstehende Novellierung des Rettungsgesetzes.

Frau Mindermann dankt für den Bericht und die geleistete Arbeit. Sie fragt, ob es Informationen über Nachwuchsprobleme im Ehrenamt der Hilfsorganisationen gibt. Herr Frerich erklärt, dass hierzu kein Datenmaterial vorliegt. Der Rettungsdienst des Kreises Warendorf sei hauptamtlich organisiert. Gleichwohl lassen sich Qualifizierungsprobleme im Ehrenamt durch gestiegene gesetzliche Anforderungen erkennen.

Herr Kühnel hebt hervor, dass populistische Aussagen hinsichtlich der schlechten Hilfsfristerreichung aus seiner Sicht nicht haltbar sind. Beispielhaft auch im Bereich der Autobahn sei die Hilfsfristerreichung schlecht. Herr Franitza erwidert hierzu, dass die Voraussetzungen nicht vergleichbar sind. Die Problemstellung in Everswinkel sei bereits länger bekannt.

Herr Rosenbaum fragt nach den Gründen für die rückläufigen Einsatzzahlen im Notarzt-Bereich. Herr Frerich erklärt hierzu, dass die Meldebilder in der Leitstelle vor einiger Zeit angepasst wurden. Zudem verfügen die Notfallsanitäter über mehr Kompetenzen, so dass häufig der Einsatz des Notarztes nicht mehr erforderlich ist.

6.	**Anfrage der Kreistagsfraktion B 90 / Die Grünen zu Bunkern und Schutzräumen im Kreis Warendorf**	**094/2025**

Frau Maschelski-Werning verweist auf die Anfrage der Kreistagsfraktion B 90 / Die Grünen zu Bunkern und Schutzräumen im Kreis Warendorf. Aufgrund der Bundeszuständigkeit soll die Beantwortung schriftlich erfolgen.

Frau Mindermann erklärt, dass die Zuständigkeit nicht klar erkennbar war.

Herr Frerich führt hierzu aus, dass sich seit dem vergangenen Jahr eine Arbeitsgruppe auf Bund-Länder-Ebene mit dem Thema beschäftigt, Ergebnisse hieraus liegen dem Kreis Warendorf bislang jedoch nicht vor.

Frau Maschelski-Werning dankt für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 11.31 Uhr.

Sie verweist abschließend auf eine gemeinsame Sitzung mit dem Kreisausschuss am 27.06.2025, in der die Ergebnisse der Jury zum Zentrum für Bevölkerungsschutz vorgestellt werden. Die Einladung folgt gesondert.

Sophia Maschelski-Werning
Vorsitzende

Ltd. KRD Michael Ottmann
Dezernent für Bauen, Planung und Umwelt
Schriftführer